



Flexibilisierung und Berufsprinzip – Antagonismus oder zwei Seiten einer Medaille?

Liebe Leserinnen und Leser,

wissensorientierte und wissensintensive Arbeit nimmt zu. Die fachlichen Anforderungen an die Tätigkeiten von Fachkräften werden komplexer, überfachliche Kompetenzen bedeutsamer. Der Anteil der Fachkräftearbeitsplätze, an denen internationale und interkulturelle Berufskompetenzen benötigt werden, wächst. Eine europäische Berufsbildungspolitik ist im Vormarsch. Zwar werden die Chancen des Europäischen Qualifikationsrahmens und eines Europäischen Leistungspunktesystems für Transparenz, Vergleichbarkeit, Gleichwertigkeit und Anerkennung beruflicher Abschlüsse gesehen, zugleich aber auch die Gefahren einer Auflösung des Berufsprinzips durch Anerkennung von Teilqualifikationen beschworen. Der demografische Wandel führt in den Betrieben vorerst vor allem zu alternden Belegschaften und erst ab 2020 zu einer spürbar schrumpfenden Zahl an Erwerbspersonen. Weil der Nachwuchs knapp ist, nicht hinreichend qualifiziert wird und die Weiterbildungsbeteiligung insgesamt zu gering ist, geraten Qualifikationsnachfrage und -angebot aus dem Gleichgewicht. Es droht deshalb ein wachsender Mangel an qualifizierten Fachkräften. Diese gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Tendenzen treffen auf Entwicklungen im Berufsbildungssystem, die eine breite Flexibilisierungsdebatte ausgelöst haben.

Die Integrationskraft des dualen Systems ist gefährdet

In einem überdimensionierten „Übergangssystem“ werden sinnvolle Angebote zur Verbesserung von Ausbildungschancen, aber vielfach auch unnütze „Warteschleifen“ absolviert. Dies belegen die BIBB-Übergangsstudie (vgl. www.bibb.de/de/wlk16029.htm) und der zweite Nationale Bildungsbericht, zu dem das BIBB mit umfassenden Sonderauswertungen wesentlich beitragen konnte.

Die Chancen, unmittelbar nach der Schule einen betrieblichen Ausbildungsvertrag abzuschließen, sind vor allem für Schüler/-innen mit Hauptschulabschluss, ohne Abschluss oder mit Migrationshintergrund wegen der veränderten Anforderungen an Ausbildung und Beschäftigung und der Auswahlpraxis der Betriebe deutlich geringer geworden. Das duale System verliert die Kraft, die durch ein hochselektives Schulsystem verursachten Benachteiligungen zu kompensieren. Von der deutlichen Ausdehnung der Berufsausbildung an beruflichen Schulen profitieren fast ausschließlich Jugendliche mit mittleren Abschlüssen oder Hochschulreife. Sowohl im dualen System als auch im Schulberufssystem sind ohnehin benachteiligte junge Menschen die Verlierer dieser Entwicklungen. Sie werden



MANFRED KREMER

Präsident des Bundesinstituts für Berufsbildung, Bonn

nicht mehr ohne weiteres über das duale System in Ausbildung und Beschäftigung integriert, können aber auch nicht vom erweiterten Angebot im Schulberufssystem profitieren.

Herausforderungen für das (Berufs-)Bildungssystem

Wir brauchen ein (Berufs-)Bildungssystem, das angemessen und rasch auf die Veränderungen der Qualifikationsanforderungen reagieren kann, also Höherqualifizierung in erheblichem Umfang ermöglicht, aber zugleich die Ausbildung der Jugend in der notwendigen Breite, das heißt eine „Ausbildung für alle“ tatsächlich sicherstellt. Die Flexibilisierungsdebatte lässt sich als Reaktion auf diese Herausforderung verstehen. Wesentliche Inhalte dieser Debatte, die sich auch in den Beiträgen dieser BWP-Ausgabe niederschlagen, lassen sich mit wenigen Postulaten beschreiben.

ALTERNATIVE WEGE ZUR UMFASSENDEN BERUFLICHEN HANDLUNGSKOMPETENZ ZULASSEN

Berufsbildung, die erfolgreich auf das Erwerbsleben vorbereitet, vermittelt nicht nur berufliche Fähigkeiten im engeren Sinne, sondern ist auch Bildung, die personale, soziale und metho-

Das Prinzip „Ausbildung für alle“ muss sichergestellt werden!

dische Kompetenzen breit entwickelt. Dieser Grundsatz wird von keinem der Diskutanten dieses Heftes in Zweifel gezogen. Unterschiedlich sind die Ansichten darüber, wie Arbeitsmarkt- und Bildungsziele gleichgewichtig verwirklicht werden können. Das unbedingte Festhalten an einem großen in sich geschlossenen Bildungsgang, dessen Teile als Ganzes entwickelt und umgesetzt werden, steht der Auffassung gegenüber, dass volle berufliche Handlungsfähigkeit zum Beispiel auch über Ausbildungsbausteine erworben werden kann. Beide Auffassungen sind wohlbegründet, indessen empirisch bisher nicht überprüft. Weil aber offensichtlich weder die klassische duale Berufsausbildung noch die vollzeitschulische Berufsausbildung „Ausbildung für alle“ garantieren kann, ist eine ergebnisoffene Erprobung alternativer Konzepte und ein valider wissenschaftlicher Vergleich mehr als überfällig.

DAS BERUFAUSBILDUNGSSYSTEM STÄRKER ZUR SCHULISCHEN BERUFAUSBILDUNG HIN ÖFFNEN UND ERWEITERN

Mit einer flexiblen Zusammenführung und gleichwertigen Stellung der schulischen und der klassischen dualen Berufsausbildung wird die Erwartung verbunden, bisherige Mängel des Berufsbildungssystems beseitigen zu können. Mit einer stärkeren Beteiligung und Anerkennung schulischer Berufsausbildung könnte ein konjunkturfestes Ausbildungssystem entstehen, das die notwendige Breitenausbildung auch in Zeiten knapper betrieblicher Angebote flexibel sicherstellt. Zugleich ist die veränderte Balance zwischen systematisch vermitteltem und durch Erfahrung

erworbenem Wissen als Grundlage beruflicher Handlungsfähigkeit ein Argument für den Ausbau schulischer Berufsausbildungsangebote beziehungsweise für neue Kombinationen betrieblicher und schulischer Berufsausbildung für lernstarke junge Menschen. Dies spricht dafür, an beiden Enden der Ausbildungsnachfrage anzusetzen. Berufliche Schulen und Betriebe könnten gemeinsam mehr attraktive Angebote für Leistungsstarke entwickeln, müssten sich aber zugleich wesentlich mehr für leistungsschwächere Jugendliche öffnen. Durchaus geeignete praxisorientierte schulische Konzepte, etwa das Produktionsschulkonzept, werden aber bisher weder für die Ausbildungsvorbereitung noch für die Berufsausbildung in der Breite umgesetzt. Und die Protagonisten des dualen Systems bezweifeln selbst bei einer Orientierung an den anerkannten dualen Ausbildungsberufen, dass schulisch getragene Berufsausbildung berufliche Handlungsfähigkeit mit gleichem Erfolg vermitteln kann. Auch hier ist es an der Zeit, unterschiedliche Modelle breiter zu erproben und empirisch zu überprüfen.

BERUFAUSBILDUNGSGÄNGE KOMPETENZ- UND OUTCOME-ORIENTIERT GESTALTEN

Die Kritik an outcome-orientierten Ausbildungsangeboten lautet, dass Kompetenzorientierung nahezu zwangsläufig in qualitativ minderwertiger Teilqualifizierung und „skill-training“ ohne Bildungsanspruch mündet. Das vom BIBB entwickelte Konzept für kompetenzorientierte Ausbildungsordnungen, das auch den Ausbildungsbausteinen zugrunde liegt, bezieht aber den Bildungs- und Erziehungsaspekt beruflicher Bildung überzeugend ein. Die Befürworter/-innen der Kompetenz- und Lernergebnisorientierung wollen nicht nur Flexibilität in der betrieblichen Ausbildung ermöglichen. Sie wollen Ausbildungsordnungen auch lernortunabhängiger gestalten, damit alle vorhandenen Ausbildungskapazitäten einbezogen und genutzt werden können. Auch diese einander unversöhnlich

gegenüberstehenden Behauptungen sollten durch solide Vergleiche empirisch überprüft werden.

DURCHLÄSSIGKEIT UND GLEICHWERTIGKEIT SCHAFFEN

Gerade ein Prozent der Studienanfänger hat keine formale Hochschulzugangsberechtigung. Die berufspraktisch ausgerichteten neuen Bachelor-Studiengänge und die hochwertigen beruflichen Fortbildungsprüfungen des Berufsbildungsgesetzes stehen weitgehend beziehungslos nebeneinander. Es gibt zwar eine zunehmende Zahl dualer Studiengänge, aber so gut wie keine Anrechnung beruflich erworbener Kompetenzen auf Studienleistungen. Bei der steigenden Zahl hochwertiger Berufsausbildungen und beruflicher Fortbildungsprüfungen fehlt eine Möglichkeit, sie zum Beispiel als den Bachelor-Abschlüssen gleichwertig anzuerkennen. Anerkannte „Königswege“ in der beruflichen Bildung werden aber gebraucht, weil allein durch eine Steigerung der Hochschulabschlussquoten die notwendige Bildungsexpansion und Höherqualifizierung nicht erreichbar ist. Paradoxerweise mangelt es in Deutschland aber auch an Durchlässigkeit zwischen Schulberufsausbildung und dualer Berufsausbildung. Die gleichen Gruppen, die zu Recht mehr Durchlässigkeit und Gleichwertigkeit zwischen Berufsbildung und Hochschulen fordern, verweigern dies, wenn es um die Anrechnung der in einer Schulberufsausbildung erworbenen Kompetenzen oder die Zulassung zur sogenannten Kammerprüfung geht. Angesichts der Intention der Qualifikationsrahmen sind dies Anachronismen, die Flexibilität verhindern und erhebliche Barrieren für mehr und höhere Qualifizierung sind. Hier sind politische Entscheidungen auf Länder- und auf Bundesebene gefragt, die angesichts der von Bund und Ländern im Grundsatz geteilten Philosophie des Europäischen und des intendierten Deutschen Qualifikationsrahmens unzeitgemäße Hürden für lebenslanges Lernen und Aufstieg durch Bildung beseitigen. ■